

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	04.12.2013
------------------------------------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	578/2013-2
-------------	------------

Stand	28.10.2013
-------	------------

Betreff Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.10.2013 betr. Leasing Konzept Hallenfreizeitbad

Sachverhalt

Betreffend das Leasing-Konzept Hallenfreizeitbad bittet die SPD-Fraktion um Beantwortung der Frage, wie sich der Sachstand in der Angelegenheit heute darstellt und welche weiteren, neueren Entwicklungen zwischenzeitlich zu verzeichnen sind.

Die Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.10.2013 betreffend das Leasing-Konzept Hallenfreizeitbad beantwortet der Bürgermeister wie folgt:

Dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss ist zuletzt mit Vorlage Nr. 125/2012-2 zu den Abstimmungen mit der Finanzverwaltung zur Vermeidung eines umsatzsteuerlichen Leistungsaustauschs zwischen der Stadt Bornheim und dem Stadtbetrieb Bornheim AöR berichtet worden.

In der Vorlage wurde unter Hinweis auf die seitens der Finanzverwaltung nicht erteilte verbindliche Auskunft und die gutachterliche Stellungnahme der BDO Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AG dargestellt, dass ein steuerliches Risiko aus der umsatzsteuerlichen Beurteilung des Betriebskostenzuschusses der Stadt Bornheim an den Stadtbetrieb Bornheim AöR nicht ausgeschlossen werden könne und dieses Risiko mit der Realisierung des geplanten – und aus Sicht der BDO grundsätzlich geeigneten - Leasingvertrages über das Hallenfreizeitbad zunehmen würde.

Darüber hinaus ist darauf hingewiesen worden, dass außerhalb eines späteren Betriebsprüfungsverfahrens keine Möglichkeit besteht, die beantragte verbindliche Auskunft im Klagewege zu erhalten.

Die steuerliche Betriebsprüfung durch das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Aachen ist hinsichtlich des Betriebes gewerblicher Art (BgA) Hallenfreizeitbad in der Zeit vom 11. bis 18. April 2013 durchgeführt worden. Die Ergebnisse der steuerlichen Betriebsprüfung liegen derzeit noch nicht vor. Sobald der abschließende Prüfungsbericht des Finanzamtes für Groß- und Konzernbetriebsprüfung vorliegt, wird dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet.

Anlagen zum Sachverhalt

Anfrage